



Newsletter 02/10



Attraktivität des Forschungsstandorts Schweiz erhalten

Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Schweizer Unternehmen in Prozent des BIP ist zwischen 2004 und 2008 um 0,1 auf 2,2 gestiegen. Dennoch ist die Schweiz gefordert, weiter attraktiv zu bleiben. economiessuisse unterstützt vor diesem Hintergrund mit Vorbehalten die Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung von Forschung und Innovation. [mehr »](#)



Pascal Gentinetta
Direktor economiessuisse

Rechtssicherheit vor Steuerpolizei!

Der Bundesrat hat sich aufgrund des ungerechtfertigt hohen Drucks der G-20 dazu bereit erklärt, ausländischen Steuerbehörden zusätzlich zu Steuerbetrug auch Daten bei Steuerhinterziehung in konkreten, begründeten Verdachtsfällen zu gewähren. Er arbeitet nun an der raschen Umsetzung dieses Beschlusses, was die speditive Revision vieler bestehender Doppelbesteuerungsabkommen nach den OECD-Standards nach sich zieht. Damit hat er zwar das Prinzip der doppelten Strafbarkeit fallengelassen, aber rechtsstaatliche Abläufe sind gewahrt. Dies ist zu begrüssen.

Jetzt erwägen gewisse Kreise, die Steuerhinterziehung auch in der Schweiz stärker – nach dem Muster gewisser Hochsteuerländer – zu kriminalisieren. Es erinnert an den vor ein paar Jahren von den kantonalen Finanzwärttern vorangetriebenen, aber zum Glück misslungenen Versuch, die Besteuerungspraxis durch den neuen Lohnausweis drastisch zu verschärfen. Vor lauter fiskalischem Aktivismus scheint einer der zentralen Standortvorteile der Schweiz völlig unter die Räder zu kommen: Die Rechtssicherheit! Die Schweiz hat eine lange und erfolgreiche Tradition in der Wahrung der finanziellen Privatsphäre. Diese wird durch das Bankkundengeheimnis gesichert. Dieses schützt keine Verbrechen. Der Schutz der finanziellen Privatsphäre ist aber auch heute noch ein wichtiges Postulat und tief in unserer Kultur verankert. Es darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Die rechtliche Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und -betrug in der Schweiz will

Rentendebakel mit einem JA am 7. März verhindern

Nach einem intensiven Abstimmungskampf ist es am Sonntag, 7. März, so weit: Das Schweizer Stimmvolk entscheidet an der Urne über die nötige Anpassung des Umwandlungssatzes. [mehr »](#)

Grafik des Monats: Forschungsstandort Schweiz im internationalen Konkurrenzkampf

Die Tage der Vereinfachten Ausfuhrregelung VAR sind gezählt

Während gut dreier Jahrzehnte hat die Vereinfachte Ausfuhrregelung VAR der Schweizer Exportindustrie gute Dienste geleistet. Ab dem 1. April 2010 wird das heute noch am meisten genutzte Ausfuhrverfahren definitiv abgelöst. Für Firmen, die nach wie vor VAR verwenden, ist es höchste Zeit, auf Alternativen umzustellen. [mehr »](#)

Wachstumspolitik 2008–2011: economiessuisse fordert Kurshalten

Der Bundesrat hat 2008 einen Wachstumsbericht mit 20 Massnahmen vorgestellt. Nur der zeitliche Stand der Umsetzung ist generell gut. Inhaltlich hingegen sind mehrere Massnahmen in ihrer Substanz gefährdet. Angesichts der grossen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz fordert economiessuisse von Bundesrat und Parlament Kurshalten. [mehr »](#)

Verfehlte Verlängerung des Krippen-Impulsprogramms

Der Bundesrat will das Impulsprogramm zur Unterstützung von Kinderkrippen um weitere vier Jahre verlängern. economiessuisse lehnt die Vorlage aus finanz- und ordnungspolitischen Gründen ab. [mehr »](#)

Kolumne aus Brüssel: Unbeugsame Schweizer und überzeugte Europäer

Schieflage bei der SBB-Infrastruktur – es braucht einen Systemwechsel

Die Finanzierung der SBB-Schieneinfrastruktur befindet sich in einem desolaten Zustand. Symptombekämpfung ist fehl am Platz. Sowohl die Finanzierung als auch die Zuständigkeiten im Eisenbahnbereich müssen komplett überdenkt werden. [mehr »](#)

Glasfaser-Roundtable: Erfolg zeichnet sich ab, Fragen bleiben offen

Die ComCom hat im Sommer 2008 einen Runden Tisch ins Leben gerufen, an dem sich die im Glasfaserausbau involvierten Akteure (Telekommunikationsdiensteanbieter, Elektrizitätswerke und Kabelnetzbetreiber) um Lösungen für die Kooperation beim Netzaufbau sowie für die Standardisierung des Netzzugangs bemühen. Seither haben sich die vom „Fiber to the Home“ (FTTH) betroffenen Unternehmen insgesamt fünfmal zu Gesprächen am Runden Tisch getroffen. [mehr »](#)

Schwerpunkte unserer Mitglieder: Kunststoff Verband Schweiz

BUSINESSEUROPE prognostiziert 1,2 Prozent Wachstum für die EU im Jahr 2010

Der Europäische Wirtschaftsverband korrigierte am 15. Februar seine Prognose um +0,5 Prozent. Nach einem Rückgang des BSP um 4,1 Prozent im Jahr 2009 erholt sich die Wirtschaft schneller als erwartet. Aber die EU sei noch nicht über dem Berg, warnt BUSINESSEUROPE. [mehr »](#)

Aus einer Steueramnestie Kapital schlagen

77 Banken, 275 Schalter und 7619 Beschäftigte. So lauten die Zahlen des Tessiner Finanzplatzes. Er ist der drittgrösste der Schweiz. Was die Folgen der noch laufenden Steueramnestie Italiens betrifft, steht er jedoch klar an erster Stelle. Ein gefundenes Fressen für einige Akteure. [mehr »](#)

KMU-Portrait: Informationen im Auge behalten

ICC: ifo-Indikator – Asien sorgt für ein steigendes Weltwirtschaftsklima

Der Indikator für das Weltwirtschaftsklima steigt im ersten Quartal dieses Jahres das vierte Mal in Folge. Dafür verantwortlich ist die positive Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage in Asien. Allerdings lassen der erwartete weitere Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie andere Faktoren die Stärke der wirtschaftlichen Erholung fraglich erscheinen. [mehr »](#)

Wirtschaftspolitik für die Schweiz und Genf 2010

Über 130 Personen nahmen an der gemeinsam von der Handels-, Industrie- und Dienstleistungskammer Genf und economiesuisse organisierten Veranstaltung am 9. Februar 2010 in Genf teil. Der Anlass stand unter dem Thema „Wirtschaftspolitik für die Schweiz und Genf 2010“ und bildete eine Einladung an die Teilnehmer, die kantonale und nationale Wirtschaftspolitik 2010 zu entdecken. [mehr »](#)

denn auch bewusst eine Entkriminalisierung von leichten Steuervergehen ermöglichen, um damit dem in der Schweiz gelebten Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat zu entsprechen. Diesem Vertrauenskapital müssen wir Sorge tragen: es erhöht die Steuerehrlichkeit. Die Verrechnungssteuer ist heute ein effektives Instrument, um der Steuerhinterziehung in der Schweiz adäquat zu begegnen. Im Weiteren besteht bereits heute auf Bundesebene die Möglichkeit, bei schwerer Steuerhinterziehung das Bankkundengeheimnis aufzuheben. Rechtssicherheit und Verlässlichkeit sind staatspolitisch von zentraler Bedeutung. Diesen Werten gilt es wieder vermehrt Beachtung zu schenken. Insbesondere von Exekutivmitgliedern aller Stufen!

Ganzen Newsletter drucken (PDF, 18 Seiten, 437 KB)

Agenda

- 12.03. Vernehmlassung: Genehmigung und Änderung der Aarhus-Konvention und Änderung des Umweltschutzgesetzes
- 23.03. Jahresmedienkonferenz economiesuisse
- 15.04. - Forum der Schweizer Aussenwirtschaft 2010
- 16.04.

Publikationen

- » dossierpolitik: Ein neues Präventionsgesetz – Fluch oder Segen?
- » Medienmitteilung: Zielgerichtete Umsetzung der Finanzplatzstrategie
- » Sessionsbericht: Frühjahrssession 2010 – Sessionsvorschau
- » Medienmitteilung: Bundesrat auf Kurs – weitere Schritte erforderlich
- » Medienmitteilung: Schweizer Wirtschaft lehnt automatischen Informationsaustausch ab
- » Presseartikel: Welche Rolle hat der Staat in der Wirtschaft?
- » Medienmitteilung: Erfreulicher Überschuss – düstere Aussichten
- » dossierpolitik: Ja mit Vorbehalt zu einer neuen Wohneigentumsbesteuerung
- » Medienmitteilung: Nationale Infrastrukturen – UVEK-Bericht greift zu kurz
- » Medienmitteilung: Dem Standort Schweiz Sorge tragen
- » Medienmitteilung: Geeint geht die Schweiz gestärkt aus der Krise hervor
- » Positionspapier: Swissness-Vorlage
- » dossierpolitik: Den Forschungsstandort Schweiz stärken

Attraktivität des Forschungsstandorts Schweiz erhalten

04.03.2010 17:00

Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Schweizer Unternehmen in Prozent des BIP ist zwischen 2004 und 2008 um 0,1 auf 2,2 gestiegen. Dennoch ist die Schweiz gefordert, weiter attraktiv zu bleiben. economiesuisse unterstützt vor diesem Hintergrund mit Vorbehalten die Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung von Forschung und Innovation.



Die Schweizer Unternehmen haben im Jahr 2008 rund ein Viertel mehr F&E-Aufwendungen getätigt als im Jahr 2004. Eine Umfrage, die das Bundesamt für Statistik zusammen mit economiesuisse durchgeführt hat, zeigt aber auch, dass der Forschungsstandort Schweiz im internationalen Konkurrenzkampf steht. Gute Rahmenbedingungen, die Attraktivität von Märkten, das Vorhandensein und die Konzentration von international führenden Forschungsinstitutionen, die strategische Ausrichtung auf zukunftssträchtige Forschungsaktivitäten

und schliesslich die Qualität und Verfügbarkeit von Forscherinnen und Forschern sind entscheidende Faktoren dafür, wo F&E-Investitionen getätigt werden. Umgekehrt ist die Attraktivität des Forschungsstandorts mitentscheidend dafür, ob ausländische Unternehmen ihren Sitz in die Schweiz verlegen oder ob sie sich in einem anderen Staat niederlassen.

Der Forschungsstandort Schweiz verfügt nach wie vor über etliche Vorteile, etwa die hohe Qualität der Ausbildung, internationale Ausrichtung der Hochschulen, solide Finanzierung der öffentlichen Forschung. Verschiedene europäische und asiatische Staaten haben jedoch einen strategischen Fokus auf Forschung und Entwicklung gelegt und die Rahmenbedingungen angepasst. Die Schweiz muss sich anstrengen, damit sie ihre gute Position mit hohen F&E-Aufwendungen der Privatwirtschaft behaupten kann. Folgende Punkte sind dabei zentral:

- Exzellente Schweizer Hochschulen
- Attraktive Rahmenbedingungen
- Liberales Ausländerrecht
- Effiziente staatliche Förderprogramme
- Gesellschaftliche Offenheit gegenüber Forschung

Totalrevision des Forschungsgesetzes grundsätzlich zu begrüßen

Vor diesem Hintergrund begrüsst economiesuisse die Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung von Forschung und Innovation grundsätzlich. Richtigerweise behält das Gesetz eine integrierte Sichtweise auf Forschung und Innovation bei. Dies ist ein zentraler Bestandteil der schweizerischen Forschungspolitik, der unbedingt so beibehalten werden sollte.

KTI braucht Zuständigkeiten und Befugnisse wie der Nationalfonds

Bei der Ausgestaltung der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) sind noch Anpassungen notwendig. Gerade für KMU-Betriebe sind die Projektförderungen der KTI, welche die Hochschulen in Zusammenarbeit mit den Unternehmen unterstützt, von grosser Bedeutung. Um möglichst wirksam funktionieren zu können, benötigt die KTI ein hohes Mass an Unabhängigkeit von der Bundesverwaltung. Das gilt nicht nur in der konkreten Projektbeurteilung, sondern auch in der Bestimmung der Geschäftsreglemente, dem Vorschlagsrecht für die Kommissionsmitglieder gegenüber dem Bundesrat und bei den Kompetenzen im Bereich Internationales. Die KTI ist deshalb mit analogen Befugnissen und Zuständigkeiten wie der Schweizerische Nationalfonds (SNF) auszustatten. Sollte dies im Rahmen einer Behördenkommission nicht möglich sein, muss die KTI aus Sicht von economiesuisse in eine Stiftung umgewandelt werden.

Rückfragen:

rudolf.minsch@economiesuisse.ch



Rentendebakel mit einem JA am 7. März verhindern

04.03.2010 17:00

Nach einem intensiven Abstimmungskampf ist es am Sonntag, 7. März, so weit: Das Schweizer Stimmvolk entscheidet an der Urne über die nötige Anpassung des Umwandlungssatzes.

Über den angeblichen Rentenklau und die zu hohen Verwaltungskosten der Pensionskassen war in den letzten Wochen einiges zu lesen. Dass die Gewerkschaften mit ihren Schlagworten opportunistisch und alles andere als verantwortungsvoll handelten, ging unter. Umso wichtiger ist es, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 7. März ein Ja in die Urne legen und damit einen wichtigen Schritt zur Sicherung der 2. Säule einleiten.

Wie auch immer, die Stimmberechtigten entscheiden. Wir dürfen nicht zulassen, dass die 2. Säule in die gleiche Demografiefalle wie die AHV tappt. Die Ausgangslage ist eindeutig: Die Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung steigt kontinuierlich an, während die durchschnittlichen Renditen der Pensionskassen sinken. Die Folge dieser beiden entgegengesetzten Richtungen ist klar: Immer mehr Pensionskassen kämpfen mit der Unterdeckung und müssen das Vermögen der Jungen und Erwerbstätigen anzapfen. Wenn wir dieser gefährlichen Entwicklung nicht Einhalt bieten, drohen eine rasche Vergrößerung des Rentenlochs und baldige Zusatzbeiträge auf dem Buckel der Jungen. Die mittel- und langfristige Zukunft der 2. Säule sowie der Generationenfrieden sind dann alles andere als sicher.

Und um ein für allemal mit falschen Behauptungen der Gewerkschaften aufzuräumen: Bestehende Renten sind von der Anpassung des Umwandlungssatzes nicht betroffen und von zu hohen Kosten bei den Vorsorgeeinrichtungen kann keine Rede sein, denn die Vermögensverwaltungskosten in der 2. Säule betragen lediglich 0,2 Prozent. Bei dieser Abstimmung geht es vor allem darum, den sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen gerecht zu werden und dafür zu sorgen, dass auch künftige Generationen eines Tages von der beruflichen Vorsorge profitieren können.

Rückfragen:

marialuisa.leanza@economiesuisse.ch

Grafik des Monats: Forschungsstandort Schweiz im internationalen Konkurrenzkampf

04.03.2010 17:00

Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Privatwirtschaft in Prozent des BIP ist in der Schweiz zwischen 2004 und 2008 gewachsen. Trotz diesem klaren Bekenntnis zum Forschungsstandort Schweiz ist der Rückstand auf die Spitzenländer etwas grösser geworden.

Die neuesten Umfrageresultate zu den Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in der Privatwirtschaft zeigen eindrücklich, dass der Forschungsstandort Schweiz lebt. Im Vergleich zu 2004 haben die Unternehmen in der Schweiz 2008 rund ein Viertel mehr in die Forschung und Entwicklung investiert. Da dieses Wachstum sogar das starke Wirtschaftswachstum übertrafen hat, ist der Anteil der F&E-Aufwendungen in Prozent des BIP von rund 2,1 auf 2,2 Prozent gestiegen.



Doch der Forschungsstandort Schweiz steht im internationalen Konkurrenzkampf. So haben die Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Privatwirtschaft in Prozent des BIP in den vor der Schweiz liegenden Spitzenländern meist stärker zugenommen als in der Schweiz. So stiegen die Ausgaben in Israel zwischen 2004 und 2008 etwa um 0,5 auf 3,7 Prozent. Während der Rückstand auf die Spitzenländer also zugenommen hat, hat sich auch der Vorsprung auf einige Verfolger verringert. Verschiedene europäische und asiatische Länder, allen voran China und Singapur, haben einen strategischen Fokus auf Forschung und Entwicklung gelegt und die Rahmenbedingungen entsprechend geändert. Der relative Vorteil des Forschungsstandorts Schweiz vermindert sich somit, da die Attraktivität ausländischer Forschungsplätze zugenommen hat.

Rückfragen:

rudolf.minsch@economiessuisse.ch



Die Tage der Vereinfachten Ausfuhrregelung VAR sind gezählt

04.03.2010 17:00

Während gut dreier Jahrzehnte hat die Vereinfachte Ausfuhrregelung VAR der Schweizer Exportindustrie gute Dienste geleistet. Ab dem 1. April 2010 wird das heute noch am meisten genutzte Ausfuhrverfahren definitiv abgelöst. Für Firmen, die nach wie vor VAR verwenden, ist es höchste Zeit, auf Alternativen umzustellen.

Pro Arbeitstag exportierten die Schweizer Unternehmen letztes Jahr Waren im Wert von knapp 700 Millionen Franken und mussten dafür rund 22'000 Ausfuhrzollanmeldungen einreichen. Die Hälfte der Deklarationen erfolgte mittels der papiergestützten Vereinfachten Ausfuhrregelung VAR. Nach einer Fristerstreckung von neun Monaten wird die Eidg. Zollverwaltung das VAR ab dem 1. April 2010 aber definitiv nicht mehr anbieten. Bei der Warenausfuhr können Zollanmeldungen nur noch mittels dem elektronischen VAR-Nachfolgemodell e-dec Export, mittels NCTS-Ausfuhr oder dem Papierformular 11.030 vorgenommen werden.

Obwohl e-dec Export seit gut einem Jahr in Betrieb ist, wurden Mitte Februar 2010 noch über 40 Prozent der Ausfuhrdeklarationen im alten System VAR abgewickelt. Die entsprechenden Firmen sind aufgefordert, möglichst rasch auf eine der genannten Alternativen umzustellen. Eine Patentlösung, um die Umstellung optimal zu bewältigen, existiert nicht. Wichtige Grundlage sollte deshalb eine unternehmensinterne Bedürfnisanalyse sein. Kann der hohe VAR-Anteil in den verbleibenden Wochen nicht massiv reduziert werden, droht bei der endgültigen Ablösung des VAR-Systems Anfang April ein Kollaps bei der Zollabfertigung. Wirtschaft und Zoll haben deshalb ein gemeinsames Interesse, eine reibungslose Ablösung der VAR zu gewährleisten.

Auf nationaler und internationaler Ebene laufen verschiedene Projekte zur elektronischen Zollabwicklung. In der Schweiz soll das EDV-Obligatorium im Laufe des Jahres 2011 eingeführt werden. Die Eidg. Zollverwaltung ist ausserdem daran, mit dem Projekt Web-dec die Möglichkeit von Zollanmeldungen via Internet zu schaffen. Eine solche Webapplikation zur Entlastung der KMU ist zu begrüssen. Das Projekt Web-dec mit geplanter Einführung Anfang 2011 kommt aber zu spät und hätte idealerweise bereits bei der Ablösung VAR zur Verfügung stehen müssen.

Rückfragen:

peter.flueckiger@economiesuisse.ch



Wachstumspolitik 2008– 2011: economiesuisse fordert Kurshalten

04.03.2010 17:00

Der Bundesrat hat 2008 einen Wachstumsbericht mit 20 Massnahmen vorgestellt. Nur der zeitliche Stand der Umsetzung ist generell gut. Inhaltlich hingegen sind mehrere Massnahmen in ihrer Substanz gefährdet. Angesichts der grossen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz fordert economiesuisse von Bundesrat und Parlament Kurshalten.

Von den 20 im Wachstumsbericht 2008 geplanten Massnahmen sind zeitlich und inhaltlich nur wenige wirklich auf einem befriedigenden Stand: Die Revision des Bundesgesetzes über technische Handelshemmnisse (THG) konnte erfolgreich abgeschlossen werden, die Umsetzung der e-Government-Strategie verläuft planmässig, das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU-27 wurde durch das Stimmvolk gutgeheissen und der erste Teil der Mehrwertsteuerreform ist in Kraft. Besonders erfreulich sind aus Sicht der Wirtschaft die Fortschritte bei den Freihandelsabkommen.

Einige weitere Massnahmen sind zwar zeitlich auf dem richtigen Weg, es zeichnen sich jedoch inhaltlich grosse Schwierigkeiten ab. Gerade der für das Wachstum in der Schweiz wichtige zweite Teil der Mehrwertsteuerreform scheint am Widerstand verschiedener Interessengruppen zu scheitern. In der Agrarpolitik formieren sich die Besitzstandswahrer und versuchen, jegliche Öffnung des Marktes zu verhindern. Die Substanz der Bahnreform ist gegenüber der ursprünglichen Intention äusserst bescheiden und die vorgeschlagene Strategie für die Infrastruktur ist wenig zukunftsorientiert. Durch den Widerstand der Kantone droht die Revision des öffentlichen Beschaffungswesens sogar ganz zu scheitern. Auch der Stand der Totalrevision der Postgesetzgebung ist weit von der ursprünglichen Absicht entfernt. Hier besteht die Gefahr, dass die Monopolstellung der Post zementiert wird.

economiesuisse fordert den Bundesrat auf, konsequent an einer Wachstumsstrategie festzuhalten. Kurshalten ist auch deshalb nötig, weil wichtige Projekte anstehen, die für den Wirtschaftsstandort Schweiz eine entscheidende Rolle einnehmen: Die Strategie des Finanzplatzes, die Sicherstellung der Energieversorgung, die Lösung des Steuerdisputs mit der EU oder nachhaltige Lösungen für die Sozialwerke.

Rückfragen:

rudolf.minsch@economiesuisse.ch



Verfehlte Verlängerung des Krippen-Impulsprogramms

04.03.2010 17:00

Der Bundesrat will das Impulsprogramm zur Unterstützung von Kinderkrippen um weitere vier Jahre verlängern. economiesuisse lehnt die Vorlage aus finanz- und ordnungspolitischen Gründen ab.

Am 17. Februar hat der Bundesrat die Botschaft über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung verabschiedet. Damit soll das Impulsprogramm des Bundes zur Förderung von Kinderkrippen um weitere vier Jahre verlängert werden. Gegenüber der Vernehmlassungsvorlage wurde der Umfang der Vorlage reduziert. Einrichtungen zur schulergänzenden Kinderbetreuung (Horte) sollen keine Mittel mehr erhalten, sondern es werden nur noch Institutionen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter unterstützt (sowie Projekte mit „Innovationscharakter“). Entsprechend soll der Verpflichtungskredit zur Finanzierung der Massnahmen neu 80 Millionen statt 140 Millionen Franken betragen. economiesuisse begrüsst angesichts der angespannten Lage der Bundesfinanzen die Senkung des Finanzierungsumfangs, lehnt die Vorlage aber dennoch aus finanz- und ordnungspolitischen Gründen ab. Insbesondere wird die Bundeszuständigkeit bestritten; die Kinderbetreuung ist in erster Linie eine Angelegenheit von Kantonen und Gemeinden.

Fragwürdig sind auch die Aussagen in der Botschaft zum bisherigen Verlauf des Impulsprogramms. So wird behauptet, dass die Anschubfinanzierung ein „effizientes“ Förderungsmittel sei; bis 2011 könnten schätzungsweise 33'000 Betreuungsplätze „dank“ dem Programm geschaffen werden – als ob erwiesen sei, dass diese Krippenplätze ohne die Finanzhilfen nie entstanden wären. Zur Möglichkeit von Mitnahmeeffekten heisst es in der Botschaft nur, dass diese aufgrund fehlender Daten nicht quantifiziert werden könnten.

Ökonomisch unhaltbar sind zudem die Argumente für die Verlängerung des Programms. Erstens wird ein Handlungsbedarf abgeleitet aus der Tatsache, dass ein grosses „Bedürfnis nach subventionierten Betreuungsplätzen“ bestehe – als ob sich aus einem „Bedürfnis“ nach einer Subvention ein berechtigter Anspruch ableite. Zweitens wird ein volkswirtschaftlicher Nutzen ausgemacht, da durch die Förderung von Betreuungseinrichtungen das Familieneinkommen erhöht werde, was entsprechende Steuerzahlungen und Konsumausgaben nach sich ziehe. Völlig ausser acht gelassen werden mit dieser Argumentation die Kosten der staatlichen Förderung, die von der Allgemeinheit übernommen werden müssen. Drittens wird herausgestrichen, dass ein „ausreichendes“ Betreuungsangebot den Verlust an Humankapital einzudämmen helfe – der Rückzug qualifizierter Personen aus dem Arbeitsmarkt wird als volkswirtschaftliche Verschwendung angesehen. Damit wird verkannt, dass auch die Haus- und Betreuungsarbeit im volkswirtschaftlichen Sinn einen Nutzen hat. Eltern sind bei der Geburt ihrer Kinder gezwungen, sorgfältig zwischen der Erwerbsarbeit und der Betreuung ihrer Kinder abzuwägen. Jede Subventionierung der Fremdbetreuung verzerrt den Entscheid zugunsten der Erwerbsarbeit.

Rückfragen:

eva.matter@economiesuisse.ch



economiesuisse

[Home](#) > [Aktuell](#) > [Newsletter](#) > **02/10**

Kolumne aus Brüssel: Unbeugsame Schweizer und überzeugte Europäer

04.03.2010 17:00

„Brüssel ist die Hauptstadt ganz Europas. Ganz Europas? Nein! Ein von unbeugsamen Schweizern bevölkertes Land hört nicht auf...“ – so ungefähr, frei nach Asterix und Obelix, tönt das eine Extrem der Meinungen über die Schweiz in Brüssel und der EU.

Andererseits gibt es die Meinung, wir gehörten – zum Beispiel beim Gemeinsamen Markt – eigentlich schon lange dazu. Die Schweizer Vertreter in Brüssel müssen darum oft unsere spezielle Situation erklären. Die Mission der Schweiz bei der EU macht dies täglich mit grossem Einsatz und auch economiesuisse leistet permanent Überzeugungsarbeit.

Dazu gehört es zu zeigen, dass auch die EU ein Interesse an guten Beziehungen hat. Im letzten Jahr war unser Land der zweitwichtigste Handelspartner der Union und damit ein wesentlicher Teil der europäischen Wertschöpfungskette. Auch über Direktinvestitionen, die ausländische Wohnbevölkerung und Arbeitnehmer sind die EU und die Schweiz gegenseitig eng vernetzt. Und der Schweizer Finanzplatz, viertgrösster des Kontinents, ist wichtig für die Finanzintermediation in ganz Europa.

Eine gute Einbettung der Schweizer Wirtschaft in Europa ist für die EU im Wettbewerb mit den Wirtschaftsregionen Asien und Amerika ein Vorteil. Leider fehlt dieses Bewusstsein in der Kommission und vor allem im Parlament oft. Mit dem Machtzuwachs des Parlaments, nach Inkrafttreten des Lisbon-Vertrags, ist es darum wichtig, dort die Lobbyarbeit zu intensivieren. BUSINESSEUROPE konnte schon überzeugt werden: In einem kürzlich veröffentlichten Strategiepapier zur Aussenwirtschaft der EU wird die Schweiz gleich mehrmals erwähnt. Der europäische Wirtschaftsdachverband weist darauf hin, das gute Funktionieren aller bilateralen Abkommen sei von entscheidender Wichtigkeit.

Rückfragen:

francois.baur@economiesuisse.ch



economiesuisse

[Home](#) > [Aktuell](#) > [Newsletter](#) > 02/10

Schiefelage bei der SBB-Infrastruktur – es braucht einen Systemwechsel

04.03.2010 17:00

Die Finanzierung der SBB-Schieneninfrastruktur befindet sich in einem desolaten Zustand. Symptombekämpfung ist fehl am Platz. Sowohl die Finanzierung als auch die Zuständigkeiten im Eisenbahnbereich müssen komplett überdenkt werden.

Erst seit letztem Herbst spricht die SBB von einer massiven Finanzierungslücke im Infrastrukturbereich. Mit der Veröffentlichung eines externen Netzaudits werden die Forderungen nach zusätzlichen Steuergeldern näher präzisiert. Bis 2016 fordert die SBB nicht weniger als zusätzliche 5,1 Milliarden Franken, was im Vergleich zur ursprünglichen Planung einer Zunahme von 60 Prozent entspricht. Die massive Fehleinschätzung macht grundsätzliche Änderungen bei der Eisenbahnfinanzierung sowie bei der gesamten Steuerung des Eisenbahnbereichs dringender denn je.

Die Infrastruktur – ein finanzielles Risiko für die SBB

Das Schienennetz befand sich in den letzten Jahren in permanentem Wandel. Die Infrastruktur wurde ausgebaut und das Verkehrsangebot gesteigert. Gewisse Entwicklungen, insbesondere der Infrastrukturausbau, kann die SBB nur geringfügig beeinflussen, obwohl die finanziellen Konsequenzen für sie beachtlich sind. Daraus entsteht ein permanentes Risiko, das sich die SBB nicht länger leisten kann. Für mehr Transparenz und klarere Verantwortlichkeiten müssen die Infrastruktur- und Verkehrsbereiche vollständig getrennt werden. Die SBB muss sich künftig auf das Angebot von Verkehrsdienstleistung konzentrieren. Eine solche Trennung hat bereits die Hälfte der europäischen Länder vorgenommen.

Verursachergerechte Finanzierung

Der Eigenfinanzierungsgrad des öffentlichen Verkehrs beträgt heute knapp 50 Prozent. Dieser geringe Anteil darf nicht durch zusätzliche Steuergelder gesenkt werden. Gefragt ist eine möglichst verursachergerechte Finanzierung. Die verschiedenen Verkehrssegmente (Fernverkehr, Regionalverkehr, Güterverkehr) müssen für die Infrastrukturbenutzung einen angemessenen Preis entrichten. Dieser muss im Verhältnis zum Aufwand des Infrastrukturbetreibers und der Qualität und zeitlichen Lage einer Trasseebenutzung stehen. Inwiefern die schnelleren und schwereren Personenzüge die Infrastruktur in den letzten Jahren zusätzlich belastet haben, muss näher geprüft werden. Schliesslich reduziert die Finanzierungslücke den ohnehin sehr engen finanziellen Spielraum für neue Ausbauprojekte zusätzlich. Solange die Schiefelage bei der Infrastruktur nicht nachhaltig gelöst ist, dürfen keine neuen Ausbauprojekte beschlossen werden.

Rückfragen:

jan.perret-gentil@economiesuisse.ch



Glasfaser-Roundtable: Erfolg zeichnet sich ab, Fragen bleiben offen

04.03.2010 17:00

Die ComCom hat im Sommer 2008 einen Runden Tisch ins Leben gerufen, an dem sich die im Glasfaserausbau involvierten Akteure (Telekommunikationsdiensteanbieter, Elektrizitätswerke und Kabelnetzbetreiber) um Lösungen für die Kooperation beim Netzaufbau sowie für die Standardisierung des Netzzugangs bemühen. Seither haben sich die vom „Fiber to the Home“ (FTTH) betroffenen Unternehmen insgesamt fünfmal zu Gesprächen am Runden Tisch getroffen.

Der 5. Roundtable unter Führung von ComCom-Präsident Marc Furrer scheint nun den Durchbruch gebracht zu haben. Als erstes und einziges Land in Europa wird die Schweiz vermutlich die Erschliessung mit Glasfasern ohne Subventionen und ohne Parallelbauten realisieren können. Diesen Erfolg kann Marc Furrer als Regulator für seine Behörde verbuchen – sofern langfristig eine gute Versorgung des Landes und ein spielender Wettbewerb erzielt werden können. Allerdings sollte nun die Frage nach der Kompetenz gestellt werden. Das löbliche Engagement des Regulators als Vermittler zwischen den Marktteilnehmern ist ordnungspolitisch zu hinterfragen. Grundsätzlich wäre die Aufgabe der Planung der Infrastruktur eine ureigene Aufgabe des zuständigen Ministers.

Seitens der Wirtschaft bestehen nun klare Vorstellungen über den weiteren Prozess. Die ComCom muss nun offenlegen, ab wann sie wieder die ordentliche Aufgabe des Regulators übernimmt und ihre Rolle auf die Sicherstellung des Wettbewerbs reduziert. Nur so kann der Regulator in der mittleren Frist glaubwürdig bleiben und unabhängig garantieren, dass der Wettbewerb unter den Marktakteuren entlang der gesetzlichen Schranken umgesetzt werden kann.

Rückfragen:

dominique.reber@economiesuisse.ch



economiesuisse

[Home](#) > [Aktuell](#) > [Newsletter](#) > 02/10

Schwerpunkte unserer Mitglieder: Kunststoff Verband Schweiz

04.03.2010 17:00

Die schweizerische Kunststoffindustrie ist ein bedeutender, dynamischer und zukunfts-trächtiger Wirtschaftszweig mit etwa 36'000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von etwa 16 Milliarden Franken. Der Kunststoff Verband Schweiz (KVS) bündelt die Interessen dieser Industrie.

Kunststoffe sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Geringes Gewicht, hohe Beanspruchbarkeit sowie kostengünstige Konstruktionen und Herstellverfahren weisen Kunststoffen eine wesentliche Rolle zu bei der Bereitstellung von Gütern, die nicht nur einen Beitrag leisten zu unserem Komfort, sondern auch Lösungen bieten zur Energieeffizienz, zum Klimaschutz und zur Verminderung der Umweltbelastung. Dies erklärt ihren Siegeszug der letzten 50 Jahre. Kunststoff ist der Werkstoff des 21. Jahrhunderts!

Die schweizerische Kunststoffindustrie nimmt dabei eine gesamtwirtschaftlich bedeutende Stellung ein und erweist sich auch international als ausserordentlich erfolgreich. Zwischen 2004 und 2008 vermochte sie den Umsatz um 36 Prozent und die Beschäftigung um neun Prozent zu steigern. Die Branche ist überwiegend KMU-strukturiert, doch sind auch eine ganze Reihe von weltweit tätigen Konzernen zu finden. Es fällt auf, dass die anspruchsvolle und zukunfts-trächtige Medizinaltechnik in der Schweizer Kunststoffindustrie im internationalen Vergleich eine weit überproportionale Stellung einnimmt.

Der Kunststoff Verband Schweiz (KVS) bündelt die Interessen der Branche über die gesamte Wertschöpfungskette. Im Verband sind die Kunststoffherzeuger, die Hersteller von Maschinen und Anlagen, die Verarbeiter bis hin zu den Verwertern organisiert. Der KVS setzt sich ein für die Akzeptanz des Werkstoffs Kunststoff und für günstige Rahmenbedingungen für die Industrie. Im Bewusstsein, dass die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal den entscheidenden Erfolgsfaktor für die Zukunft darstellt, ist der KVS zuständig für die berufliche Grundbildung als Kunststoffverarbeiter/in EBA und Kunststofftechnolog/in EFZ.

Mehr Informationen:

<http://www.kvs.ch>



BUSINESSEUROPE prognostiziert 1,2 Prozent Wachstum für die EU im Jahr 2010

04.03.2010 17:00

Der Europäische Wirtschaftsdachverband korrigierte am 15. Februar seine Prognose um +0,5 Prozent. Nach einem Rückgang des BSP um 4,1 Prozent im Jahr 2009 erholt sich die Wirtschaft schneller als erwartet. Aber die EU sei noch nicht über dem Berg, warnt BUSINESSEUROPE.

Die Gründe für die Erholung seien der anziehende Welthandel und die Massnahmen der Regierungen und Zentralbanken. Laut BUSINESSEUROPE wird das Wachstum von Deutschland (2,0 Prozent) und Frankreich (1,8 Prozent) angetrieben, den grössten EU-Handelspartnern der Schweiz. Polen, das als einziges EU-Land keine Rezession durchlief, wird mit 2,7 Prozent am meisten wachsen, Spanien ist mit -0,6 Prozent das Schlusslicht.

„Das ist besser als erwartet, aber es reicht nicht, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und die steigende öffentliche Verschuldung zu stoppen“, sagte Philippe de Buck, Generaldirektor von BUSINESSEUROPE. Die hohe staatliche Verschuldung sei die grösste Gefahr für die erst zaghafte Erholung der Wirtschaft, da sie die Zinsen steigen lasse und damit Investitionen verteuere. Und die zu erwartenden höheren Steuern würden schon bald die Konsumfreude der privaten Haushalte dämpfen. Auch die restriktive Kreditvergabe der Banken und die nach wie vor angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt beunruhigen die europäischen Unternehmer.

Kurzfristig verlangt BUSINESSEUROPE von der Europäischen Zentralbank, Griechenland gegen Währungsspekulationen zu unterstützen. Aber de Buck machte klar, es gebe keine Alternative zu Massnahmen auf nationaler Ebene: Wie Irland, Ungarn und Litauen müsse Griechenland schwierige Entscheidungen treffen. Längerfristig soll gemäss dem „Go for Growth“-Strategiepapier das Wachstumspotenzial der EU auf zwei Prozent verdoppelt und Europas Stellung auf den Weltmärkten gestärkt werden, sagte de Buck.

Rückfragen:

francois.baur@economiesuisse.ch



economiesuisse

Aus einer Steueramnestie Kapital schlagen

04.03.2010 17:00

77 Banken, 275 Schalter und 7619 Beschäftigte. So lauten die Zahlen des Tessiner Finanzplatzes. Er ist der drittgrösste der Schweiz. Was die Folgen der noch laufenden Steueramnestie Italiens betrifft, steht er jedoch klar an erster Stelle. Ein gefundenes Fressen für einige Akteure.

Im letzten Trimester des Jahres 2009 waren die italienische Steueramnestie und deren Folgen die zentralen Themen für den Tessiner Finanzplatz. Anfänglich hätte der sogenannte „scudo fiscale“ bis Mitte Dezember dauern sollen. Er wurde aber bis Ende April 2010 verlängert. Gemäss den Zahlen, die die italienische Regierung Ende 2009 bekannt gegeben hat, sollen 90 Milliarden Euro nach Italien zurückgeflossen sein, der grösste Teil aus der Schweiz.

Die Mittel, die aufgewendet wurden, um die italienischen Steuerzahler zu verleiten, die in der Schweiz angelegten Vermögen nach Italien zurückzubringen, sind den Tessinern sauer aufgestossen. So zum Beispiel die sogenannten „FiscoveloX“-Videokameras. Sie überwachten den Verkehr an den Grenzen und fahndeten so nach Steuersündern, die über die Grenze in die Schweiz kamen. Die Lage zwischen der Schweiz und Italien ist entsprechend angespannt. Für die lokale Politik ist das im Hinblick auf die kommenden Wahlen ein gefundenes Fressen: Katastrophenszenarien, ja gar die Apokalypse für die Luganeser Banken wurden prophezeit. Die nicht unbedingt itali-enfreundlichen Südschweizer liess das aufschreiben. Keine Partei liess es sich nehmen, den rot-weiss-grünen Teufel an die Wand zu malen.

Dann Anfang Februar eine Medienmitteilung der Tessiner Bankiervereinigung: Die abgeflossenen Gelder seien durch den Aufschwung der Finanzmärkte kompensiert worden, die Prognosen für 2010 seien positiv, die Kredite steigend. Und wer jetzt denkt, dass die Polemik abgeflaut ist, täuscht sich gewaltig. Nur der Buhmann wurde ausgetauscht. Letztlich könne man den Banken nichts glauben und sie sollen ohnehin am Ganzen schuld sein. Das Schreien wird nur noch lauter, der Angeklagte ist ein anderer, der Richter aber bleibt. Schliesslich sind nächstes Jahr die Wahlen angesagt.

Rückfragen:

angelo.geninazzi@economiesuisse.ch

KMU-Portrait: Informationen im Auge behalten

04.03.2010 17:00

Früher reparierte der Lokführer seine Maschine selbst, heute überwacht er im Führerstand eine Flut von Informationen. Bei zunehmender Komplexität des Bahnbetriebs benötigt er dazu eine Technologie, die alle relevanten Daten filtert. Möglich machen das die Visualisierungssysteme von PIXY, die Lokführern auf fünf Kontinenten den Durchblick verschaffen.

Der Lokführerstand gleicht in der heutigen Zeit je länger je mehr einem Flugzeugcockpit: Für den Betrieb sowie zur Sicherung des Fahrzeugs müssen eine Vielzahl von Informationen abgebildet werden. Denn in den letzten zehn bis zwanzig Jahren hat sich das Anwendungsspektrum im Schienenverkehr vervielfacht: Vom digitalen Diagnosesystem über die Zugsicherung bis hin zu Videoanwendungen kommt eine Unmenge von Daten zusammen, die der Lokführer im Auge behalten muss. Damit dabei der Überblick nicht verloren geht, bedarf es intelligenter Visualisierungssysteme, die die relevanten Informationen filtern. Diese müssen hohen physischen Belastungen standhalten und mit höchster Zuverlässigkeit arbeiten, da im Bahnverkehr strenge Sicherheitsvorschriften gelten. Der PIXY AG aus Turgi kommt in diesem Bereich eine Pionierrolle zu, denn sie hat diese Entwicklung frühzeitig wahrgenommen.



Vor 15 Jahren gründete der heutige VR-Präsident Mark Meier das Unternehmen mit dem Ziel, Industrievisualisierungen zu entwickeln. Früh erkannte er aber, dass diese Technologie auch im Bahnbereich interessant sein könnte. Die Nähe zur ABB, die damals im benachbarten Baden noch Züge herstellte, spielte eine nicht unwesentliche Rolle. Aus der anfänglichen Zusammenarbeit mit der ABB entwickelte sich allmählich eine Partnerschaft, die PIXY schliesslich den Weg zu einem der führenden Hersteller von Visualisierungssystemen im Bahnbereich ebnete. Um dies zu erreichen, war PIXY aber gezwungen, den Blick aufs Ausland zu richten und zu expandieren. Denn ausser Stadler verschwanden alle Bahnhersteller in der Schweiz. Zudem zeichnen sich Visualisierungssysteme im Bahnbereich durch Langlebigkeit und Robustheit und nicht durch hohe Stückzahlen aus. Dementsprechend wichtig sind gute Marktkenntnisse und der Zugang zu vielfältigen Daten und Märkten.



Heute arbeitet PIXY mit den weltweit grössten Herstellern von Bahnsystemen wie Alstom, Bombardier und Siemens, aber auch mit kleineren Playern wie z.B. Stadler zusammen. Es erstaunt deshalb nicht, dass das Unternehmen 90 Prozent des Umsatzes im Ausland erzielt. Aus diesem Grund hat PIXY insgesamt sechs Auslandvertretungen gegründet, die nicht nur Kundensupport bieten, sondern auch frühzeitig Markttendenzen erkennen sollen. Auch wenn die Displays von PIXY mittlerweile auf jedem Kontinent zum Einsatz kommen, sind die Anforderungen je nach Land sehr verschieden. Faktoren wie das Klima oder unterschiedliche Anforderungen im Sicherheitsbereich fordern von PIXY eine hohe Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Zudem gilt es immer, die Bedürfnisse der Endverbraucher zu erfüllen. Bei PIXY sieht man das aber primär als spannende Herausforderung, denn das Unternehmen will den Markt nach Möglichkeit aktiv bewegen und beeinflussen.

Trotz aller Internationalität ist die Schweiz für PIXY nach wie vor ein wichtiger Standort und bietet wertvolle Vorteile. Bereits relativ geringe Stückzahlen neuer Produkte können in Zusammenarbeit mit der SBB oder anderen Gesellschaften auf ihre Funktions- und Marktauglichkeit getestet werden. Zudem profitiert PIXY auch von der guten Infrastruktur und den gut ausgebildeten Leuten. Ein weiteres Plus des Standorts Schweiz ist der Weitblick, den man sich zu eigen machen muss, um international wettbewerbsfähig zu sein. Diesen Weitblick hat PIXY jüngst unter Beweis gestellt und in China, das über einen sehr starken Bahnmarkt verfügt, eine Tochtergesellschaft gegründet. Auch ausserhalb von China verspricht die Zukunft für PIXY gute Zeiten. Viele Städte haben nämlich ihre Verkehrsprobleme noch längst nicht gelöst und werden früher oder später den öffentlichen Verkehr ausbauen. Und natürlich wird sich dieser Trend auch durch die zunehmende Ressourcenknappheit verstärken.

Mehr Informationen:

<http://www.pixy.ch>



economiesuisse

[Home](#) > [Aktuell](#) > [Newsletter](#) > 02/10

ICC: ifo-Indikator – Asien sorgt für ein steigendes Weltwirtschaftsklima

04.03.2010 17:00

Der Indikator für das Weltwirtschaftsklima steigt im ersten Quartal dieses Jahres das vierte Mal in Folge. Dafür verantwortlich ist die positive Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage in Asien. Allerdings lassen der erwartete weitere Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie andere Faktoren die Stärke der wirtschaftlichen Erholung fraglich erscheinen.

„Nach dem vierten positiven Ergebnis in Folge können die Zahlen der aktuellen Umfrage als klares Zeichen einer globalen wirtschaftlichen Erholung interpretiert werden“, so die Internationale Handelskammer (ICC) und das ifo-Institut, die jedes Quartal die Daten für den Indikator erheben. Der Indikator für das Weltwirtschaftsklima stieg im ersten Quartal auf 99,5 Punkte, verglichen mit 91,4 Punkten im Oktober des vergangenen Jahres. Damit wurde der langfristige Durchschnittswert von 96,9 Punkten zwischen 1991 und 2009 das erste Mal seit zwei Jahren überschritten. Vor allem haben die Entwicklungen in Asien zu dem überdurchschnittlichen Wirtschaftsklima beigetragen, so der Bericht. In allen anderen grossen Wirtschaftsregionen liege der Indikator jedoch noch unter dem Langzeitdurchschnitt.

Der Bericht warnt, dass, obwohl die akute Phase der Finanzkrise vorbei sei, eine Reihe von Faktoren Anlass zu Bedenken geben im Hinblick auf die Stärke der aktuellen Erholung. Dazu gehöre die steigende Arbeitslosigkeit in vielen Regionen, die mangelnde Nachfrage, hohe Defizite der öffentlichen Finanzen und der Druck einer Haushaltskonsolidierung, die viele Regierungen dazu zwingen werde, finanzpolitische und monetäre Massnahmen zu reduzieren, die während der Krise ergriffen wurden.

Höhere Erwartungen an die G-20

Die grosse Mehrheit der befragten Experten beantwortete die Sonderfrage der Internationalen Handelskammer (ICC) positiv. Sie glauben, dass die Entwicklung der G-20 zu einem führenden Forum der internationalen Wirtschaftspolitik zu einer besseren Abstimmung der Weltwirtschaft führen werde. In Asien stimmten 80 Prozent dieser Aussage zu, im Nahen Osten 77 Prozent, in Nord- und Lateinamerika jeweils 72 Prozent und in Westeuropa 71 Prozent.

Zum ICC/ifo-Indikator

Die 1981 von der ICC entwickelte Umfrage wird seitdem mit dem ifo-Institut regelmässig als Quartalsbefragung in vielen Ländern zum jeweiligen Wirtschaftsklima und anderen ökonomischen Faktoren durchgeführt. Ab 2002 wurde die Zusammenarbeit mit der ICC dahingehend intensiviert, dass die ICC ihren globalen Expertenpool aus ihren Mitgliedsunternehmen zur Verfügung stellt.

Rückfragen:

thomas.pletscher@economiesuisse.ch



economieuisse

Wirtschaftspolitik für die Schweiz und Genf 2010

04.03.2010 17:00

Über 130 Personen nahmen an der gemeinsam von der Handels-, Industrie- und Dienstleistungskammer Genf und economieuisse organisierten Veranstaltung am 9. Februar 2010 in Genf teil. Der Anlass stand unter dem Thema „Wirtschaftspolitik für die Schweiz und Genf 2010“ und bildete eine Einladung an die Teilnehmer, die kantonale und nationale Wirtschaftspolitik 2010 zu entdecken.

Nach der Begrüssung durch Jacques Jeannerat, Direktor der CCIG, stellte François Naef, Präsident der CCIG, die kurz- und mittelfristigen Ziele der Handelskammer vor. Patrick Odier, Vizepräsident von economieuisse und Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung, äusserte sich zu den gemeinsamen Herausforderungen und Interessen des Industrie- und Finanzplatzes Schweiz. Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economieuisse, schilderte die Prioritäten seines Verbands in der Bundespolitik.



Guy Vibourel, Generaldirektor von Migros-Genf, Christian Salomon, ehemaliger Direktor von Givaudan Schweiz, Blaise Goetschin, CEO der BCGE, und François Dieu, Leiter für die Westschweiz bei Imphenia, stellten den Sachstand und die Aussichten für ihren Tätigkeitsbereich vor.



Mehrwert:
[Bildergalerie](#)